

Herr Professor, warum fehlen uns Fachkräfte?

Rolf Weder, Professor am Institut für Wirtschaft der Universität Basel, über den Fachkräftemangel, mögliche Rezepte dagegen und die drohenden Konsequenzen für die Schweiz.

VON MATTHIAS ZEHNDER

Die Wirtschaft klagt über Fachkräftemangel. Sind die Klagen berechtigt?

Zum Teil sicher. Im Gesundheitswesen fehlen viele Ärzte. Jede zweite offene Arztstelle wird mit einem ausländischen Arzt besetzt, weil es keine inländischen Ärzte gibt. Das gilt auch für gewisse Firmen. Auch wenn die Firmen bereit wären, einen höheren Lohn anzubieten, hätten sie kurzfristig keine Möglichkeiten, die Stelle mit Inländern zu besetzen. Und so ist ein Mangel definiert.

Wo ist der Mangel am dringendsten?

Er ist immer da am grössten, wo man Spezialisten sucht. Man hört immer wieder, dass es in den naturwissenschaftlichen Bereichen sowohl an Uni-Absolventen, wie auch an Fachkräften mit Lehrabschluss mangelt. Ich bin aber überzeugt, dass in Unternehmen auch Menschen mit spezifischen Sprachkenntnissen fehlen.

In der Schweiz fehlen viele Ärzte - warum?

In diesem Bereich wird das «Angebot» ganz vom Staat reguliert. Wer Arzt sein will, braucht einen Uni-Abschluss. Der Zugang zur Ausbildung wird aber durch einen Numerus clausus seit Jahren beschränkt. Die Zahl der zugelassenen Studienanfänger ist gemessen am Bedarf viel zu klein. Richtig gemerkt hat man das, als die Grenzen aufgegangen sind, als die Schweiz die Personenfreizügigkeit einführt. Dies führte zu einer starken Ärztemigration. Man bemerkte so die Grösse des Mangels.

Dieser Mangel ist also hausgemacht?

Ja. Das Schlimme daran ist, dass das Interesse der inländischen Studenten viel grösser wäre an dem Beruf. Man hat es den Schweizern und Schweizerinnen nicht ermöglicht, ihren Wunschberuf zu realisieren, obwohl die Volkswirtschaft einen Bedarf hätte. Die Folge ist, dass der Mangel ins Ausland verschoben wird und etwa Deutschland auch wieder im Ausland sucht.

Die Schweiz hat die Ausbildungskosten exportiert?

De facto in diesem Fall ja. Ich glaube nicht, dass die Politik das bewusst

deshalb gemacht hat. Sie war wohl der Ansicht, der Staat müsse eine gewisse Planung vornehmen, vielleicht auch aus Angst, dass es zu viele Ärzte geben würde und so die Gesundheitskosten steigen. Es ist ein Extrembeispiel dafür, was passiert, wenn der Staat aufs Angebot einen zu grossen Einfluss nimmt. Die Schlussfolgerung lautet: Der Staat muss sich sehr zurückhalten, wenn es um Entscheidungen geht, wie viele Leute pro Bereich ausgebildet werden sollen.

Es gibt auch zu wenig Informatiker - da hat der Staat aber nicht eingegriffen?

Das ist richtig. Ich habe selbst als 18-

hat. Vielleicht ist die Nachfrage auch sehr zyklisch.

Studieren unsere Jungen die falschen Fächer?

Das ist ein wichtiger Punkt. Ich glaube, dass viele junge Menschen sich zu wenig überlegen, was sie studieren. Viele Gymnasiasten wissen nicht genau, was sie mit dem, was sie an der Uni lernen, später anfangen können. Das hängt damit zusammen, dass man die Informationen darüber, was man mit einem Studium anfangen kann, nicht so einfach findet. Informationen darüber, wie gross die Chancen sind, dass man auf dem Gebiet, das man studiert, auch weiterarbeiten kann, oder wie gross die Arbeitslosigkeit der Absolventen ist, fehlen oder sind versteckt.

Man studiert ja auch keinen Beruf, sondern eine Fächerkombination.

Das ist schon richtig. Aber eine Fächerkombination sollte zum Einstieg in ein bestimmtes Berufsfeld führen. In einer Volkswirtschaft, in der es einen Überschuss an Nachfrage gibt, kann man rasch das Gebiet wechseln. Aber auch wenn ein Historiker dann in einer Firma im Bereich Controlling arbeitet, frage ich mich schon, ob das nicht eine gewisse Verschwendung ist und nicht auch etwas frustrierend für die Absolventen und Absolventinnen.

Die Schweizer Arbeitgeber verlangen vom Bundesrat höhere Kontingente für Fachkräfte aus Drittstaaten.

Wenn wir die Ausbildung mal weglassen und uns fragen, was wir machen können, wie wir den Mangel kurzfristig beheben können, dann gibt es zwei Möglichkeiten: Die Firma zieht ins Ausland oder sie holt Fachkräfte aus dem Ausland. Ich würde als Firma nicht auf Kontingente setzen. Wenn man als Land den Zufluss von ausländischen Arbeitskräften unbedingt beschränken will, sollte man zumindest die Zusammensetzung dieses «Fachkräfteeimports» dem Markt überlassen. Wenn die Politik beginnt, in einem Markt mit starker Nachfrage das Angebot in Form von Kontingenten nach irgendwelchen Kriterien auszuwählen, wird das schwierig, intransparent und ineffizient. Der Mangel dürfte wohl dort am grössten sein, wo die Zahlungsbereitschaft der Arbeitgeber für ausländi-



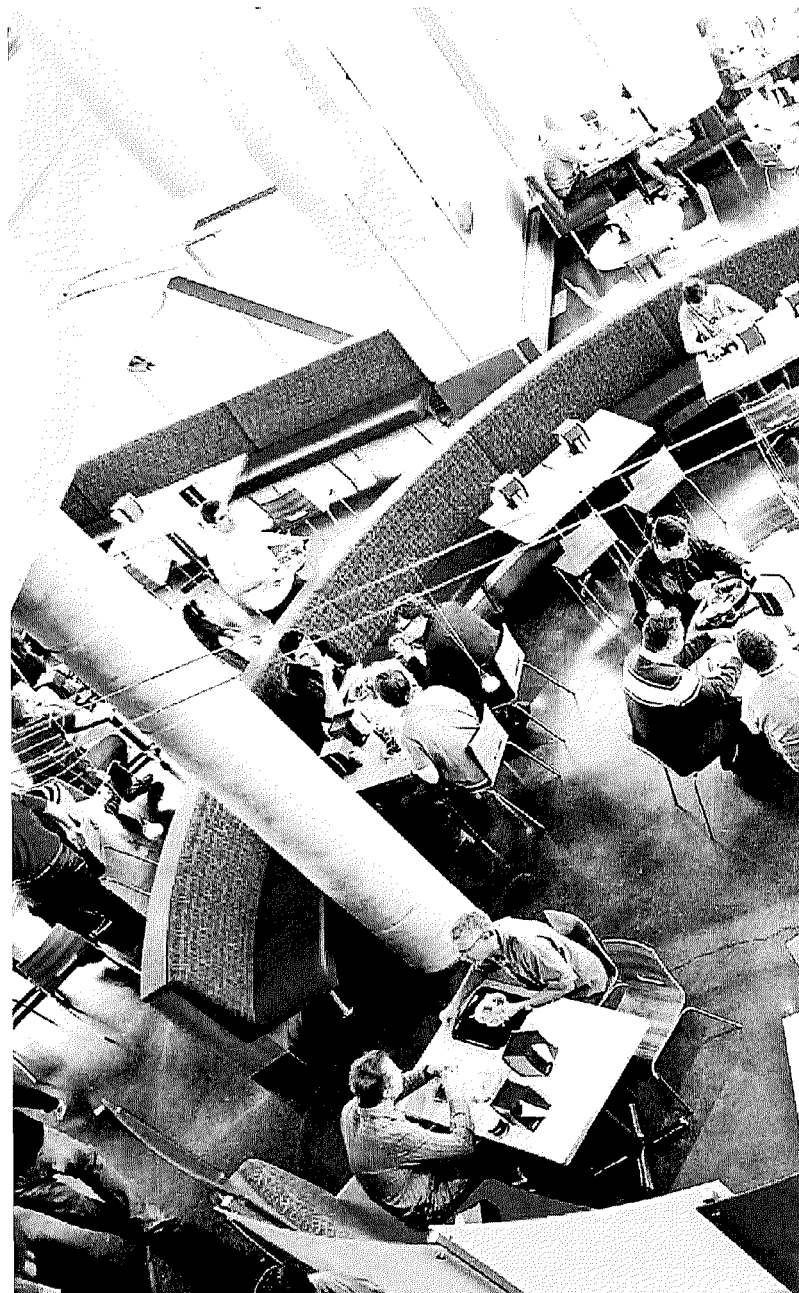
«Kurzfristig haben Firmen nur die Möglichkeit, ins Ausland zu ziehen oder Fachkräfte aus dem Ausland zu holen.»

Rolf Weder Wirtschaftsprofessor

Jähriger überlegt, was ich studieren soll. Schon damals konnten die Informatiker viel Geld verdienen, sie waren gesucht. Wir hatten einen Informatiker im Dorf mit einem Porsche. Mich hat der Inhalt des Berufs dann aber doch zu wenig interessiert. In diesem Bereich kann man dem Staat die Schuld nicht geben.

Schon damals haben Informatiker aber viel verdient?

Ja, ich überlegte mir aber gut, ob ich mein Leben am Computer verbringen will. Es ist ja auch ein spezialisierter Job. Ich habe mich damals deshalb auch gefragt, ob der Job nicht ein grosses Risiko beinhaltet. Würde sich die Computertechnologie wirklich so ausbreiten, würden diese Spezialisten immer gefragt sein? Man muss sich aber schon fragen, warum sich über diese lange Zeit das Angebot nicht angepasst



Informatiker auf dem Microsoft-Campus in Redmond. «Die jungen Leute machen sich zu

sche Arbeitskräfte am grössten ist. Warum also nicht die ausländischen Fachkräfte zulassen, die unbedingt gebraucht werden und für die die Arbeitgeber bereit sind, am meisten zu bezahlen? Der Markt könnte dies für uns tun.

Gehen wir die Alternativen durch. Von einer verstärkten Einbindung der Schweizer Frauen ist die Rede.

Das ist sicher vernünftig, solange man die Frauen nicht zur Arbeit zwingt. Es ist sinnvoll, brachliegende Ressourcen möglichst gut zu nutzen. Was man dabei aber nicht vergessen darf: Die Schweiz hat im internationalen Vergleich einen der höchsten Anteile von Frauen, die im Arbeitsmarkt tätig sind. Das Potenzial ist also nicht mehr sehr gross. Wichtig ist aber, dass man den Frauen nicht noch zusätzliche Steine in den Weg legt.

Das setzt also Kindertagesstätten und ähnliche Institutionen voraus, Einrichtungen, die von der SVP bisher immer eher gebremst worden sind.

Ich nehme an, die SVP hat eine spezielle, familienpolitische Vorstellung. Wie kompatibel die ist mit sämtlichen Wünschen der Leute in den verschiedenen Regionen, das ist fraglich. Ich würde aber in der Tat nicht primär nach dem Staat rufen und Kitas und Ähnliches durch ihn finanzieren lassen. Vielmehr sollte der Staat die Hürden beseitigen, die er selber heute in den Weg stellt. Was zu wenig diskutiert wird, das sind die Blockzeiten an den Schulen. Ich habe einige Jahre in Kanada gelebt, wir hatten damals auch schon eine Familie. Da sind die Schüler jeden Tag von 9 bis 15 Uhr in der Schule, von der Preschool her, also ab Kindergarten. Da braucht es keine Tagesschule

ZUR PERSON

Rolf Weder

Rolf Weder ist Ordentlicher Professor für Ökonomie und europäische Integration an der Universität Basel. 1960 im Appenzellerland geboren und aufgewachsen, hat Rolf Weder 1984 an der Universität St. Gallen in Ökonomie das Lizentiat abgeschlossen. Nach einem Abstecher zu Ciba-Geigy AG war er 1987 bis 1991 Assistent bei Silvio Borner an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Basel und nach einem ersten Kanada-Aufenthalt von 1991 bis 1993 in Basel auch Oberassistent. Nach der Habilitation 1996 unterrichtete er bis 1998 an der University of British Columbia in Vancouver, Kanada. Seit 2000 ist er Ordinarius an der Universität Basel, seit 2004 auch Studiendekan.

mehr. Alle Kinder sind gut versorgt, auch über Mittag, und die Väter und Mütter können damit rechnen. Es ist planbar. Das ist doch das Wichtige. Der Staat bezahlt nicht speziell dafür, die Eltern können sich aber auf fixe Rahmenzeiten verlassen.

Sind ältere Mitarbeiter ein Potenzial, das sich nutzen liesse?

Ich würde auch da nicht sagen: Das muss unterstützt werden. Aber man darf sie nicht bestrafen oder daran hindern. Ich würde also auch da die Hindernisse aus dem Weg räumen. In der Gesellschaft ist die Idee vorhanden, dass jeder, der nach der Pensionierung weiterarbeitet, einem jüngeren die Arbeit wegnimmt. Das ist nicht so, erstens besteht ein Mangel und zweitens sind es unterschiedliche Tätigkeiten. Ältere, die weiterarbeiten, müssen kein schlechtes Gewissen haben. Das Zweite: Man müsste es den älteren auch von den Firmen her einfacher machen, in-



oft ein falsches Bild von ihrem Studium oder von einem Beruf», ist Rolf Weder überzeugt.

HO

dem man Teilzeittätigkeiten offeriert. Die Mitarbeiter müssen akzeptieren, dass der Lohn mit dem Alter allenfalls wieder etwas sinkt. Das Allerwichtigste ist, dass man das offizielle Pensionsalter beiseitelegt. Selbst an der Universität gilt das Pensionierungsalter 65, und darauf beharrt die Universität. Als Fakultät darf man vielleicht jemandem noch einen Lehrauftrag bezahlen, aber schon das ist die Ausnahme. Es müsste auch hier ein Umdenken stattfinden, vor allem eine grosse Flexibilisierung. Natürlich muss der Arbeitgeber die Freiheit haben, auszuwählen.

Jetzt fehlen der Wirtschaft nicht irgendwelche Mitarbeiter, sondern zum Beispiel Informatiker. Nun werden weder wiedereinstiegende Frauen noch ältere Mitarbeiter den Bedarf nach Programmierern und Informatikingenieuren decken können.

Das ist so. Informatiker haben vielleicht auch einen zu speziellen Ruf. Heute hat Informatik auch viel mit Design und Kreativität zu tun, mit Umsetzung von neuen Ideen. Es ist vielleicht eine Altersfrage, aber sicher keine Geschlechterfrage. Es besteht vielleicht auch ein Imageproblem. Die jungen Leute machen sich zu oft ein falsches Bild von ihrem Studium oder von einem Beruf.

Ein falsches Bild?

Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Ich habe ab und zu Studenten, die Medienwissenschaften studieren, weil sie Journalist werden möchten. Während des Studiums merken sie, dass das gar nicht Inhalt des Studiums ist. Vielleicht haben wir zu viele Studiengänge und Ausbildungsmöglichkeiten. Die jungen Leute sehen den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr. Ich glaube, es ist in erster Linie ein Informationsbedarf.

Werden falsche Anreize gesetzt?

Eigentlich sollte der Anreiz für die Studenten bestehen, sich richtig zu informieren, weil sie später viel längere Zeit damit verbringen, zu arbeiten, als sie studiert haben. Bisher ist man gut gefahren, wenn man das studiert hat, was einen interessierte, weil es wenige Studiengänge gab. Das Studium war ein Garant für die Zukunft, egal was man studierte. Das Studium war ein Wettbewerb, wer eine gute Note erhielt, den konnte man überall brauchen. Heute spezialisiert man sich viel mehr während des Studiums, man hat relativ enge Studiengänge. Je schmaler jemand ausgebildet ist, desto grösser ist die Gefahr, dass man das Falsche studiert. Dummerweise ist das noch nicht sichtbar: Es gibt an der Uni keine Absolventenbefragung, mit der sich feststellen lässt, wie der Transfer vom Inhalt des Studiums in die Praxis gelingt. Ich möchte keinem Studenten ein Studium verbieten, aber ich möchte den Studienanfängern möglichst transparent aufzeigen, was sie in der Regel erwartet.

VERANSTALTUNGSHINWEIS

«Werkstatt Basel» diskutiert Chancen der Region

Wo steht der Wirtschaftsstandort Basel? Welche Chance hat die Region national und international, wie muss sie sich verändern? Diese Fragen diskutieren Fachleute aus Wirtschaft und Politik in der Veranstaltungsreihe «Werkstatt Basel» der Handelskammer beider Basel. Die dritte Folge der Reihe findet morgen Mittwochabend um 18 Uhr im Pathé Küchlin in Basel statt. Sie widmet sich dem Thema «Fachkräftig - durch Bildung und Beheimatung ausländischer Kräfte». Nach einem einführenden Referat von Bruno Weissen, Leiter Personal Basel F. Hoffmann-La Roche AG, diskutieren Hans

Das heisst, dass wir in der Schweiz keinen Mangel an gut ausgebildeten Menschen haben, sondern dass sie falsch verteilt sind?

Wir haben in der Schweiz eine Volkswirtschaft, die im Vergleich mit anderen Volkswirtschaften gut organisiert ist. Das führt schon dazu, dass die Schweiz auch dann einen Fachkräftemangel hätte, wenn sich die internen Ressourcen besser verteilen liessen. Das Land ist nun mal attraktiv für Firmen, und so auch für ausländische Arbeitskräfte. Wenn wir die Grenzen zumachen würden, dann würden die Löhne für gewisse Spezialisten und in gewissen Branchen so stark steigen, dass viele Firmen ihre Produktion ins Ausland verlagern müssten. Danach hätten wir keinen Mangel mehr, weil wir die entsprechenden Arbeitsplätze gar nicht mehr haben. Solange die Möglichkeit besteht, für ausländische Fachkräfte in die Schweiz zu kommen, so lange besteht die Tendenz, Fachkräfte auch aus dem Ausland zu holen.

Furer, Geschäftsführer der Angestelltenvereinigung Region Basel (ARB) und Baselbieter Landrat (Grünliberale); Eric Jakob, Botschafter/Leiter Direktion für Standortförderung Seco; Rolf Knechtli, Geschäftsführer aprentas, Vorstandsmitglied Handelskammer beider Basel sowie Thomas Weber, Regierungsrat Basel-Landschaft. Die Expertenrunde bilden neben Bruno Weissen Luís Correia, Vizedirektor Pharma Finance Business Planning, F. Hoffmann-La Roche AG; Samuel Hess, Leiter Wirtschaft AWA Basel-Stadt und Franz A. Saladin, Direktor Handelskammer beider Basel.